

DIE LINKE. Landesverband Berlin, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

Freienvertretung im rbb

Per Mail an Freienvertretung@rbb-online.de

Sebastian Koch
Landesgeschäftsführer

Landesvorstand Berlin
Kleine Alexanderstraße 28
10178 Berlin

Telefon +49 30/24 00 93 01
Telefax +49 30/24 00 92 60

sebastian.koch@dielinke.berlin
www.dielinke.berlin

Berlin, den 9. Juli 2021

Betr. Wahlprüfstein der Freienvertretung im rbb

Sehr geehrte Damen und Herren,

herzlichen Dank für die Erstellung und Zusendung des Wahlprüfsteins der Freienvertretung im rbb. Im Folgenden finden Sie die Antworten der Partei DIE LINKE. Berlin.

Der Umbau des Rundfunk Berlin Brandenburg zu einem crossmedialen Sender ist die größte Herausforderung seit seiner Gründung. Den größten Teil der Belastungen tragen die freien Mitarbeiter*innen – 1500 arbeiten als Arbeitnehmerähnliche (TVG § 12a) ohne vergleichbare Schutzrechte.

Freie in den Personalrat – jetzt!

Im Frühjahr hat das Abgeordnetenhaus mit breiter Mehrheit beschlossen, dass die festen Freien des rbb durch den Personalrat vertreten werden sollen. Diese Modernisierung entspricht auch dem im April geänderten Bundespersonalvertretungsgesetz. Für die tatsächliche Umsetzung noch vor dem Jahr 2024 ist aber eine Änderung des rbb-Staatsvertrages erforderlich.

Sie fragen:

- *Setzt sich Ihre Partei dafür ein, dass die Arbeitnehmerähnlichen noch im kommenden Jahr durch den Personalrat vertreten werden können?*

Ja. DIE LINKE. hat schon den Beschluss des Abgeordnetenhauses, dass die festen Freien des rbb durch den Personalrat vertreten werden sollen, wesentlich mit initiiert. Ebenso hat DIE LINKE. im Zusammenhang mit der - schließlich durch die Staatskanzlei Potsdam und die Senatskanzlei Berlin verschobenen - Novelle des rbb-Staatsvertrags 2020/21 die Verankerung der arbeitsrechtlichen Vertretung durch den Personalrat zu einem Kernpunkt gemacht. Ein wesentlicher Bestandteil war und wird für uns sein, dass dies auch für die programmgestaltenden Freien gilt.

- *Welche Schritte werden Sie unternehmen, damit die bereits zwischen den Ländern abgestimmte erforderliche Änderung des Staatsvertrages rechtzeitig in Kraft treten werden?*

Das Verlangen der festen Freien, möglichst schnell durch den Personalrat vertreten zu werden, ist nachvollziehbar. Es wurde und wird von der LINKEN voll unterstützt. Dazu streben wir an, die Novelle des rbb-Staatsvertrags möglichst bald zu verabschieden. Dass sie verschoben wurde, lag insbesondere an unterschiedlichen Positionen zu dem vor allem durch Staatskanzlei und Senatskanzlei Berlin unterstützten Plan der rbb-Intendanz, ursprünglich fünf von sieben Radioprogrammen auf ausschließlich webbasierte Verbreitung umzustellen. Aus mehreren Gründen hat DIE LINKE. dem bisher nicht zustimmen können. Vor allem muss für uns geklärt sein, wie die Erfüllung des Grundauftrags des öffentlich-rechtlichen Rundfunks trotz des Zugangs zum Webempfang über kostenpflichtige Provider gewährleistet bleiben kann. Auch für die Freien des rbb ist das Thema Verbreitungswege nicht bedeutungslos: Durch den Verzicht auf UKW und DAB+ würden sich Einsparpotentiale ergeben, die ohne Bestandsschutz nicht zuletzt bei den Freien spürbar werden dürften. Doch selbst wenn es zu diesem Punkt in der Novelle zunächst keine Einigung geben sollte, braucht das einer Verabschiedung nicht entgegenzustehen. Beim allergrößten Teil des Staatsvertrags gibt es keinen Dissens. Also kann er, die Vertretung der festen Freien durch den Personalrat inbegriffen, verabschiedet werden. Die Frage des Angebots kann aus der Novelle herausgelöst werden und nach einer Einigung in einer kleinen Novelle nachträglich beschlossen werden. Alternativ wird sich DIE LINKE. dafür stark machen.

Gute Arbeitsbedingungen für gutes Programm!

Die Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu einem Online-Medium ist eine Herausforderung, die der rbb ohne seine freien Mitarbeiter*innen nicht bewältigen kann. Zugleich führt die Rundfunkfinanzierung dazu, dass organisatorische Änderungen regelmäßig zu Lasten der Honorarmittel für freie Mitarbeiter*innen gehen. Arbeitsverdichtung, die ständige Gefahr von Einkommensverlusten und fehlende Partizipationsmöglichkeiten belasten den notwendigen Umbauprozess.

Sie fragen:

- *Setzt sich Ihre Partei für eine auskömmliche Finanzierung des rbb ein?*

Ja. Der rbb als Teil des öffentlich-rechtlichen Rundfunks hat einen rechtlich verankerten demokratischen und kulturellen Auftrag in unserer Gesellschaft. Dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk obliegt die „unerlässliche Grundversorgung“, so urteilte das Bundesverfassungsgericht nach der Einführung des privaten Rundfunks. Für DIE LINKE. hat der öffentlich-rechtliche Rundfunk angesichts von kommerziellen TV- und Radiostationen einerseits und in Zeiten von 'Fake-News' im Internet andererseits nichts von seiner Bedeutung verloren. Klar ist jedoch: Die Erfüllung seines Auftrags kostet Geld und muss entsprechend finanziert werden. Die durch das Veto der CDU im Landtag von Sachsen-Anhalt gescheiterte Erhöhung des

Rundfunkbeitrags um 86 Cent wäre bei kontinuierlich steigenden Kosten die erste Anhebung seit 2009 gewesen. Wir haben diese Erhöhung unterstützt. Am Beispiel des rbb wird deutlich, dass in den vergangenen Jahren versucht wurde, Finanzierungslücken mit Umstrukturierungen und Kürzungen auszugleichen, die beim Umbau von 'rbbkultur' oder den Einstellungen der TV-Vorabendmagazine 'rbb UM6' und 'zibb' zuerst freie Mitarbeiter:innen trafen oder treffen werden. Dies kann nicht der Weg für den rbb und den öffentlich-rechtlichen Rundfunk sein. Dennoch liegt der Wert, den wir dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk beimessen, für uns LINKE nicht in einem Automatismus von Beitragserhöhungen. Medienpolitisch und gesellschaftlich braucht es unter den demokratischen Kräften eine inhaltliche Debatte über Auftrag und Weiterentwicklung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Die Frage der Finanzierung muss ein Teil von ihr sein.

- *Wie wollen Sie darauf hinwirken, dass die Arbeitsbedingungen der Freien auch während des Umbaus attraktiv genug bleiben, so dass der rbb auch in Zukunft auf die Kreativität und Flexibilität der Freien zurückgreifen kann?*

Zum einen setzt sich DIE LINKE. grundsätzlich für gute Arbeit ein: für Mindestlohn, für gleiche Bezahlung von Männern und Frauen, gegen prekäre Beschäftigung. Das betrifft auch den Bereich der Medien. Dazu sind wir regelmäßig im Gespräch mit Interessenvertretungen, Personalräten und Gewerkschaften. Auch während der Coronapandemie hat sich DIE LINKE. frühzeitig unter anderem mit der Freienvertretung des rbb in Verbindung gesetzt, um zu hören, welche Maßnahmen der Sender zum Schutz der Freien angesichts ausfallender und sich verändernder Produktionen ergriffen hat. Diesen regelmäßigen Austausch wollen wir fortsetzen. Konkret wäre mit der Vertretung der Festen Freien durch den Personalrat eine wichtige Voraussetzung dafür geschaffen, dass die Interessen der Festen Freien auch bei einem Umbau des Senders gewahrt bleiben. Wir wollen sie möglichst schnell realisieren. Natürlich spielt auch die finanzielle Ausstattung des rbb eine Rolle. Dass wir den Wert des rbb anerkennen und uns für eine auskömmliche Finanzierung einsetzen, haben wir bereits in der Antwort auf die vorangehende Frage formuliert.

Rundfunkfreiheit braucht Sicherheit

Die Rundfunkfreiheit, die Staatsferne und die Möglichkeit der Sender, auf aktuelle Entwicklungen zu reagieren, haben Verfassungsrang – ebenso wie das Recht auf Gleichbehandlung im Arbeitsrecht. Die Vorstellung von Arbeitnehmerähnlichen als Selbständige ist in den meisten Fällen falsch. Wir alle sind wirtschaftliche abhängig, sozial schutzbedürftig, lohnsteuer- und sozialversicherungspflichtig – aber ohne gesetzlichen Kündigungsschutz. Bestandsschutzmodelle wie beim SWR oder ZDF können diese Schutzlücken zumindest kompensieren.

Sie fragen:

- *Will Ihre Partei an der seit Jahrzehnten gewachsenen unsicheren freien Beschäftigung als Alternative zum Arbeitsverhältnis festhalten?*

Seit langem hat sich aus dem ursprünglichen Modell der freien Mitarbeit eine Art Dauerersatz für fehlende und gekürzte feste Stellen beim rbb wie bei anderen Rundfunkanstalten entwickelt. Den rund 1.600 festangestellten stehen rund 1.500 arbeitnehmerähnliche Mitarbeiter:innen gegenüber, die oft seit Jahrzehnten die gleiche Arbeit machen wie ihre festangestellten Kolleg:innen. Sie erstellen den Großteil der Leistungen des rbb, sei es als programmgestaltende Redakteur:innen, Reporter:innen und Autor:innen oder als nicht programmgestaltende Beschäftigte. Das Unterscheidungsmerkmal der fehlenden persönlichen Abhängigkeit der Freien entspricht längst nicht mehr der Realität. Aus Sicht der LINKEN sollten deshalb auch Freie die Möglichkeit haben, festangestellt zu werden, um in jeder Hinsicht gleichgestellt und gleichberechtigt zu sein. Der zwar langsame, aber doch stetige Kurswechsel beim mdr hin zu mehr Festanstellungen ist ein Beispiel dafür, dass dies möglich ist. Dennoch müssen wir davon ausgehen, dass die Forderung, rund 1.500 neue feste Stellen beim rbb zu schaffen, kurzfristig nicht umgesetzt wird. Das heißt aber nicht, dass sich die Freien mit dem Status Quo abfinden sollen. Die anstehende Novelle des rbb-Staatsvertrags, mit der die langjährige Forderung der Vertretung der festen Freien durch den Personalrat umgesetzt werden wird, zeigt, dass mit der entsprechenden politischen Unterstützung spürbare Schritte zu einer Gleichstellung möglich sind. Eine Bestandsschutzvereinbarung wäre ein weiterer wichtiger Schritt.

- *Welche Möglichkeiten wollen Sie nutzen, um in Zukunft den arbeitsrechtlichen Schutz der Arbeitnehmerähnlichen beim rbb zu gewährleisten?*

DIE LINKE. hat sich schon bisher für einen umfänglichen arbeitsrechtlichen Schutz der Festen Freien eingesetzt und wird dies weiter tun. Als politische Partei, ebenso wie als Fraktion im Parlament oder als Teil der Regierung, sind die unmittelbaren Einflussmöglichkeiten begrenzt. Die Frage des Personalrats beim rbb kann über den Staatsvertrag politisch geregelt werden. Eingriffe in die Tarifautonomie sind nicht möglich. Das ist auch gut so. Politisch unterstützen wir dennoch die Forderung der Freien nach Bestandsschutz. Das Beispiel des SWR zeigt, dass dies ohne Nachteile für die Rundfunkanstalt möglich ist und für die Festen Freien einen entscheidenden Schritt in Richtung sichere Beschäftigung bedeutet. DIE LINKE wird sich im Dialog mit allen beteiligten Partnern und dem von uns entsandten Mitglied des Rundfunkrats für einen Bestandsschutz beim rbb einsetzen.

Mit freundlichen Grüßen



Sebastian Koch